

# Pressemitteilung

## Veranstaltungsbranche setzt Dialog mit der Bundesregierung fort

**Berlin, 30. Mai 2022** – Am 24. Mai 2022 trafen sich das Forum Veranstaltungswirtschaft und Mitglieder des FAMA, Fachverband Messen und Ausstellungen e.V., mit Katja Hessel, der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für Finanzen. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Erörterung langfristiger Ansätze für die Lösung der nach wie vor andauernden Krise der Veranstaltungswirtschaft. In der vom FAMA organisierten Veranstaltung im Hotel ESTREL in Berlin stellten die Verbandsvertreter die Voraussetzungen für Wege aus der Krise hin zu erfolgreichen Branchenaussichten dar. Gerade im Teilmarkt Messen zeigte die von der Corona-Pandemie ausgelöste Krise enorme Ausmaße: 85 % weniger Besucher ebenso wie Aussteller meldet der Messeverband AUMA allein für 2021. Damit konnten 2021 weniger als ein Drittel der geplanten Messen durchgeführt werden. Auf 70 % werden die Umsatzeinbußen der Messeveranstalter beziffert. Für die Politik ist das trotz umfassender Überbrückungshilfen kein gutes Zeugnis. Umso wichtiger ist es dem Wirtschaftszweig, dass jetzt ein verlässlicher Rechtsrahmen ohne implizite oder explizite Einschränkungen für Messen und Veranstaltungen – insbesondere für den Winter 2022/2023 – geschaffen wird.

### Verlängerung passgenauer Programme

Die erfolgreichen Corona-Hilfsprogramme der vergangenen zwei Jahre sind in intensiver Zusammenarbeit mit den Verbänden der Veranstaltungswirtschaft entstanden und haben den Fortbestand zahlreicher Unternehmen ermöglicht. Damit der Wirtschaftszweig an die prosperierende Situation des Jahres 2019 anknüpfen kann, bedarf es aber der Verlängerung bestehender Hilfsprogramme, die passgenau auf die Branche zugeschnitten werden müssen.

Das Forum Veranstaltungswirtschaft hat der Bundesregierung unmissverständlich mitgeteilt, dass die gesamte Branche weiterhin darunter leidet, dass es derzeit weder eine klare Strategie für den Umgang mit einer erneuten Verschärfung der epidemischen Lage im Winter 2022/2023 noch Hilfsprogramme oder ordnungspolitische Maßnahmen dafür gäbe. Das sorge für große Unsicherheit bei Veranstaltern und bei Besuchern. Die Branche benötige eine Perspektive, die nur durch eine klare Positionierung der Bundesregierung zu diesem Thema möglich sei. Ein öffentlicher Hinweis aus dem Bundesgesundheitsministerium auf eine kommende „Killervariante“ des Virus, die nicht wissenschaftlich belegbar ist, sei absolut kontraproduktiv.

### Strategie und Ausfallversicherung

„Es geht ja nicht nur darum, dass wir zwei Jahren lang keine wirtschaftlich tragfähigen Veranstaltungen durchführen konnten. Viele Kunden verlieren immer mehr das Vertrauen, dass angekündigte Veranstaltungen im Herbst auch tatsächlich stattfinden. Wir benötigen ein klares Signal der Bundesregierung: Veranstaltungen sind sicher – Schließungen oder Kapazitätseinschränkungen stehen für den Herbst und Winter nicht zur Debatte. Mittelfristig benötigen wir darüber hinaus eine

Ausfallversicherung, um Veranstaltungen auch zukünftig abzusichern“, berichtet Timo Feuerbach, Geschäftsführer des Europäischen Verbandes der Veranstaltungs-Centren (EVVC). Die Risiken einer Pandemie sind privatwirtschaftlich nicht mehr versicherbar. Erfreut waren die Branchenvertreter, dass Staatssekretärin Hessel ankündigte, dass sie innerhalb ihrer Fraktion und der Koalition das Thema einer staatlich unterstützten Ausfallversicherung ansprechen werde.

#### Sonderprogramm für die Veranstaltungswirtschaft

Weil der von der EU gewährte Beihilferahmen bis Ende Juni 2022 befristet ist, muss die Bundesregierung bei der EU für das von der Branche geforderte Sonderprogramm erneut rechtskonforme Hilfszahlungen beantragen. „Die Vertreter des Wirtschaftszweiges haben dazu bereits im Januar dieses Jahres mit der EU-Kommission Kontakt aufgenommen und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) ihre Unterstützung bei der Gestaltung des geforderten Programmes angeboten“, berichtet Randell Greenlee, Bereichsleiter Wirtschaft und Internationales beim Verband für Medien- und Veranstaltungstechnik (VPLT).

Weitere Themen beim Austausch mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Hessel waren:

- a) Neubetrachtung und Einordnung der Veranstaltungswirtschaft: Zahlen / Daten / Fakten
- b) Förderung der wirtschaftlichen Resilienz:
  - i. Förderprogramme für neue Veranstaltungsformate
  - ii. Innovationsfonds
  - iii. Public Private Partnership
  - iv. Erleichterter Zugang zu Fremdkapital
- c) Unterstützung der Maßnahmen zur Nachhaltigkeit und Digitalisierung von Veranstaltungsstätten
- d) Schaffung einer Ausfallabsicherung ggf. in Kombination mit b)
- e) Förderung der Nachfrage von Veranstaltungen und Messen  
Etwa durch eine Erhöhung des Höchstbetrags für steuerfreie Zuwendungen auf 150 €, die aktuell (seit 2015!) bei bis zu 110 € Brutto je Mitarbeiter für betriebliche Veranstaltungen liegen, oder die befristete Einführung eines verringerten Mehrwertsteuersatzes von 7 % für die Erbringung von Dienstleistungen in der Veranstaltungswirtschaft.

#### Hohe Verluste für die Branche

Die Regierung müsse verstehen, dass die Veranstaltungs- und Messewirtschaft trotz beachtlicher Hilfen leider immer noch nicht das wirtschaftliche Vorkrisenniveau erreicht hat. „Neben den Kulturveranstaltern mussten auch die Messe-, Kongress-, Tagungsveranstalter und Betreiber von Veranstaltungshallen ihren Geschäftsbetrieb in den letzten zwei Jahren nahezu vollständig einstellen. Die Verluste der Gesamtbranche liegen längst im zweistelligen Milliardenbereich“, klagt Michael Kynast, Vorstandsmitglied des Fachverband Messen und Ausstellungen (FAMA). „Wenn die bisherigen Hilfen nicht vergeblich gewesen sein sollen, müsste die Regierung mit dem Wirtschaftszweig vor allem schnell über einen Rettungsschirm für das zweite Halbjahr 2022 sprechen, vor allem für den Fall, dass es ab Herbst wieder pandemiebedingte Einschränkungen gibt.“

Das **Forum Veranstaltungswirtschaft** ist die Allianz sechs maßgeblicher Verbände des Wirtschaftsbereichs. Dazu zählen: der **BDKV** (Bundesverband der Konzert- und Veranstaltungswirtschaft e.V.), der **EVVC** (Europäischer Verband der Veranstaltungs-Centren e.V.), der **FAMA** (Fachverband Messen und Ausstellungen e.V.), die **ISDV** (Interessengemeinschaft der selbständigen Dienstleisterinnen und Dienstleister in der Veranstaltungswirtschaft e.V.), der **LIVEKOMM** (Verband der Musikspielstätten in Deutschland e.V.) und der **VPLT** (Der Verband für Medien- und Veranstaltungstechnik e.V.).

Ziel der Allianz ist es, Netzwerke, Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln, um damit und durch einen gemeinsamen Auftritt bei der politischen Lobbyarbeit noch schlagkräftiger zu sein. Der Zusammenschluss der wesentlichen Sektoren der Veranstaltungswirtschaft versteht sich ausdrücklich nicht als Dachverband. Jeder Partner vertritt die spezifischen Interessen seiner Mitglieder auch weiterhin unmittelbar. Die Schnittmengen der politischen Erwartungen der diversen Sektoren, wie der Kultur-, Kongress- und Tagungsveranstalter:innen, Veranstaltungsstätten, Veranstaltungsdienstleister:innen und Schaustellerbetriebe sowie Hersteller:innen und Händler:innen von Event-Technik, sind jedoch groß und alle Teilbranchen sind eng miteinander verzahnt. Daher wird durch den Schulterschluss der Verbände die Wahrnehmung des Wirtschaftszweigs durch Politik und Öffentlichkeit erheblich erhöht. [forumveranstaltungswirtschaft.org/](http://forumveranstaltungswirtschaft.org/)

